

Nachtrag der Partei DIE LINKE zu den BUND-Publikationen zur Europawahl 2019 „Aufbruch in ein nachhaltiges Europa“

Die Partei DIE LINKE hat am 24. April 2019 um eine nachträgliche Korrektur ihrer Selbsteinordnung zu folgender Frage gebeten:

„Setzen Sie sich im Rahmen der EU-Agrarreform dafür ein, dass mindestens 30 Prozent der EU-Agrarzahlungen verwendet werden, um Maßnahmen für den Naturschutz zu honorieren?“

NEU:

„Ja. DIE LINKE will zukünftig mehr Geld in den Naturschutz fließen lassen und fordert dazu die Einrichtung eines EU-Naturschutzfonds für die Finanzierung von NATURA-2000 und zur Förderung von weiteren Maßnahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt. Das LIFE-Programm soll auf einen Prozent des EU-Haushalts aufgestockt werden, da es sich als effektiv für die Verbesserung des Zustandes von Natur und Umwelt erwiesen hat. Zudem müssen die Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie konsequent umgesetzt werden. Die Agrarförderung wollen wir insgesamt auf ökologisch nachhaltige, regionale und tiergerechte Landwirtschaft umstellen, die auch die Ziele des Naturschutzes in sich aufnimmt.“

ALT:

„Nein, eine solche Forderung vertreten wir aus folgenden Gründen nicht: Wir setzen in der Landwirtschaft auf regionale Kreisläufe und eine sozial und ökologisch verträgliche, nachhaltige Landwirtschaft, die den Lebensstandard der Menschen innerhalb und außerhalb der EU sichert. Wir wollen eine Landwirtschaft, die gesunde Nahrungsmittel produziert und die Natur und Menschen schützt. Die Strukturfonds wollen wir so umbauen, dass soziale und ökologische Kriterien verpflichtend für eine Subventionszahlung sind. EU-Landwirtschaftssubventionen dürfen nicht nur auf Grundlage der Flächengröße vergeben werden, wodurch vor allem Agrarkonzerne gefördert werden, sondern Werte wie Boden- und Landschaftspflege, ökologische Wertigkeit und Ausbildung und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung müssen zum Maßstab werden. Eine solche Bindung der Direktzahlungen an fair bezahlte Arbeitsplätze würde den Beschäftigten, den Dörfern und dem Tierwohl gleichermaßen zu Gute kommen. Darüber hinaus wollen wir die Ökologisierung der Produktion so stärken, dass sie auch die Betriebe unterstützt, z.B. durch den Ausbau der Greening-Komponenten, die zu mehr Boden- und Gewässerschutz oder mehr Bestäuberfreundlichkeit beitragen.“

Daraus ergibt sich auch eine grafische Anpassung der BUND-Übersicht zu den „Positionen der größten demokratischen deutschen Parteien“ von der Einordnung „Ablehnung“ (X) hin zu „Zustimmung“ (✓)